

# Neue staatliche Rente mit 9,3 Prozent pro Jahr

HOLGER ZSCHÄPITZ

Im Schatten des Streits um die Haltelinie bringt die Regierung aber auch eine Revolution der privaten Altersvorsorge auf den Weg

Diese Woche mag auf den ersten Blick düster für den Standort Deutschland wirken, nachdem die extrem teure Haltelinie bei der gesetzlichen Rente verabschiedet wurde. Doch im Schatten dieser Entscheidung deutet sich an anderer Stelle ein wirklicher Hoffnungsschimmer an: In der staatlich geförderten privaten Vorsorge steht nichts weniger als ein echter Paradigmenwechsel bevor.

Der am Freitag verschickte Referentenentwurf zur Reform der lange kritisierten Riester-Rente skizziert ein Modell, das moderner, einfacher, transparenter und vor allem renditestärker ist. SPD-Vizekanzler Lars Klingbeil hat dafür eine Idee seines Vorgängers Christian Lindner wieder aufgegriffen und weiterentwickelt. Das neue „Altersvorsorgedepot“ lässt künftig mehr Risiko und damit erstmals echte Renditechancen zu. Der eigentliche Game-Changer ist dabei der Abschied von teuren Garantien.

Stand bisher bei der Riester-Rente der reine Kapitalerhalt um jeden Preis im Mittelpunkt, liegt der Fokus nun auf dem Kapitalmarkt und seinen langfristigen Chancen. Wie gewaltig dieser Hebel wirken kann, zeigt eine einfache Rechnung: Wer über 40 Jahre den steuerlich geförderten Höchstsatz von 150 Euro pro Monat sowie die jährliche Förderung von 480 Euro in den MSCI World investiert hätte, käme bei Einzahlungen von insgesamt 91.200 Euro heute auf ein Vermögen von rund 692.000 Euro. Das entspricht – auch dank der steuerlichen Zuschüsse – einer durchschnittlichen jährlichen Rendite von 9,3 Prozent auf das selbst eingezahlte Kapital. Genau diese Kraft des Zinseszinses soll das neue Modell endlich für die breite Masse zugänglich machen. Das „Altersvorsorgedepot“ würde einen milliardenschweren Irrtum korrigieren, der für immer mit dem Namen Walter Riester verbunden ist. Als Arbeitsminister hatte der SPD-Politiker 2002 die nach ihm benannte Altersvorsorge eingeführt. Damals galt sie als Schritt in die richtige Richtung. Gut zwei Jahrzehnte später steht aber fest: Die Riester-Rente hat keine nennenswerte Verbesserung der finanziellen Situation im Ruhestand gebracht, wie sämtliche Experten einräumen müssen. Im Gegenteil: Für das Gros der Millionen Riester-Sparer hat sich ihr steuerlich subventionierter Vertrag als Rendite-Flop erwiesen.

Nach einer Analyse der Denkfabrik Finanzwende hat es in der Praxis kaum ein Riester-Produkt geschafft, auch nur die Geldentwertung auszugleichen – für ein Altersvorsorge-Investment ist das eine unbefriedigende Bilanz. Gründe sind zum einen die Garantien und zum anderen die hohen Gebühren vieler Verträge.

Beides soll sich nun ändern. Konkret sieht der Entwurf, der am 1. Januar 2027 in Kraft treten soll, eine Abkehr von starren Garantien vor. ETFs und Aktienfonds werden explizit erlaubt, wobei die teure Garantiepflicht entfällt, für Sicherheitsorientierte jedoch optional (zu 80 oder 100 Prozent) wählbar bleibt. Um die Akzeptanz zu erhöhen, zündet der Staat einen

„Förder-Turbo“: Das System wird beitragsproportional und damit verständlicher. Für jeden eingezahlten Euro gibt es bis 1.200 Euro Einzahlung 30 Cent Förderung, für weitere Beiträge bis 1.800 Euro nochmals 20 Cent. In Summe ist so eine Grundzulage von bis zu 480 Euro möglich, ergänzt durch einen „Familien-Boost“ von 25 Cent pro Euro Kinderzulage (maximal 300 Euro pro Kind) sowie einen einmaligen Berufseinsteiger-Bonus von 200 Euro. Besonders verbraucherfreundlich ist die geplante Kostenbremse: Für das Standardprodukt gilt ein gesetzlicher Deckel von 1,5 Prozent der Effektivkosten.

Auch in der Auszahlphase gewinnen Sparer massiv an Freiheit. Anders als bei Riester, wo zwei Drittel des Kapitals verrentet werden mussten, sollen Bürger nun frei entscheiden können. Ab dem 65. Lebensjahr ist auch eine Auszahlung über einen Plan bis zum 85. Lebensjahr möglich. Die Sparer können dabei selbst aussuchen, in welchem Vehikel sie ihr Geld packen. Es kann also theoretisch auch zu 100 Prozent am Aktienmarkt bleiben. Der Anbieter muss mindestens 80 Prozent des Geldes nehmen und bis zum Auszahlungsende in monatlichen Auszahlungen berechnen, mindestens bis zum 85. Lebensjahr. Alle drei Jahre wird das Prozedere wiederholt. Geld darf also am Kapitalmarkt bleiben, wenn es aber weniger wird, passt sich die Auszahlungshöhe an, sodass es immer bis 85 reichen muss. Danach darf der Kunde sich den Rest auszahlen lassen, oder weiter machen. Das Risiko trägt der Sparer.

Der kann seine Produkte auch beliebig umschichten und muss dann für angefallene Kursgewinne keine Abgeltungsteuer zahlen. Solange das Geld im Vorsorgedepot bleibt, werden keine Abgaben fällig. Erst auf Ausschüttungen fällt die ganz normale Einkommensteuer an. Damit bleibt die bewährte Systematik der nachgelagerten Besteuerung – Steuerfreiheit in der Ansparphase, volle Besteuerung der kompletten Auszahlung – erhalten. Wer vorzeitig an sein Geld möchte, kann das tun. Allerdings müssen dann sämtliche Steuerzuschüsse zurückgezahlt werden. Der Zeitplan ist ambitioniert: Bereits am 17. Dezember soll das Kabinett den Entwurf beschließen. Zudem erlaubt das System Anbieterwechsel, Kapitalentnahmen für das Eigenheim und sogar den Wechsel von alten Riester-Verträgen in das neue Depot. Für alte Riester-Verträge soll die verpflichtende Teilkapitalverrentung bei einem Auszahlungsplan im Konsens der Vertragsparteien auf Wunsch wegfallen können. Die Finanzbranche reagierte überwiegend positiv auf den Reformentwurf. Thomas Soltau, Vorstand beim Finanzdienstleister Smartbroker, sprach von einem „Gamechanger“ in der Altersvorsorge. „Wir freuen uns, dass hier endlich Bewegung reinkommt.“ Der Bundesverband deutscher Banken sprach von „dringend notwendigen Impulsen“ für die private Altersvorsorge. Allerdings kritisierte der Verband den Kostendeckel von 1,5 Prozent. „Mit Blick auf das vorgesehene Standardprodukt, das mit einem Kostendeckel versehen werden soll, bestehen

Bedenken. Es sollte geprüft werden, wie es ausgestaltet werden kann, damit es einer vielfältigen und dauerhaft tragfähigen Angebotswelt nicht entgegensteht“, so der Verband.

Kritischere Töne gab es vom Gesamtverband der Versicherer GDV. Die Branche muss befürchten, dass sie nicht zu den großen Profiteuren gehört, wenn die Pflicht zur Verrentung wegfällt. Außerdem dürfte insbesondere die Generation Sparplan eher zu den rein chancenorientierten Produkten ohne Garantien greifen. Entsprechend fiel die Kritik der Branche aus. Die zusätzlichen Chancen dürften nicht zulasten der Sicherheit im hohen Alter gehen. „Wenn Zahlungen bereits mit 85 enden, steht ein wachsender Teil der Bevölkerung im sehr hohen Alter ohne Einkommen aus der geförderten Altersvorsorge da“, hieß es beim GDV. Viele Menschen würden heute 90 oder 95 Jahre alt werden.

Kritisch sieht der GDV auch die Ausgestaltung des Standarddepots ohne Garantien. „Für viele Menschen ist eine verlässliche Mindestabsicherung entscheidend, um Vertrauen in die private Altersvorsorge zu fassen. Ein rein chancenorientiertes Produkt kann diesem Sicherheitsbedürfnis nur begrenzt gerecht werden.“ Als Erfolg können die Versicherer werten, dass die Broker verpflichtet sind, ihren Altersvorsorgesparern künftig auch Versicherungsprodukte mit Garantien anbieten zu müssen. Und auch die lebenslange Leibrente müssen alle Anbieter ihren Kunden zu Beginn der Auszahlung offerieren.

Finanzmarktexperten betonen, dass solche Garantien bei einem langen Anlagehorizont nicht gebraucht werden und sie wertvolle Rendite kosten. Eine Jahrhundertstudie der UBS dokumentiert, dass Aktien langfristig immer positiv abschneiden. Nach der großen Depression 1929 dauerte es an der Wall Street 15,5 Jahre, bis die Aktien wieder ihr altes Niveau zurückerobert hatten. Und seither ging es immer schneller. Der Spuk der Finanzkrise war nach 5,3 Jahren verdaut. Und bei einem Sparplan, der durch die regelmäßigen Einzahlungen auch fallende Kurse nutzt, geschieht das sogar noch schneller – Stichwort Durchschnittskosteneffekt.

Dieser Logik scheint das neue Altersvorsorgedepot zu folgen. Die Bundesbürger bekommen damit erstmals die Chance, ein eigenes Vorsorgekonto nach dem Vorbild des amerikanischen 401(k) aufzubauen. „Deutschland bekommt jetzt die Chance auf den großen Wurf“, sagt Smartbroker-Vorstand Soltau. Für viele Experten ist es ein starkes Signal für die Aktienkultur in Deutschland. Sobald Anleger erleben würden, welche Kraft im Zinseszinsseffekt steckt, könnten auch alte Nullsummen-Narrative und pauschale Kapitalismuskritik an Überzeugungskraft verlieren. Langfristiges Investieren schafft nicht nur Vermögen, sondern verändert perspektivisch auch den Blick auf wirtschaftliche Zusammenhänge. Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und „Business Insider Deutschland“ erstellt.